

Satzung über die Erhebung einer Steuer auf Spielapparate und auf das Spielen um Geld oder Sachwerte und auf Vergnügen besonderer Art im Gebiet der Kreisstadt Limburg a. d. Lahn

Aktuelle Textfassung nach der letzten Änderung vom 29. September 2015

§ 1 Steuererhebung

Die Kreisstadt Limburg a. d. Lahn erhebt eine Steuer auf Spielapparate, auf das Spielen um Geld oder Sachwerte und auf Vergnügen besonderer Art als örtliche Aufwandsteuer nach Maßgabe der in § 2 im Einzelnen aufgeführten Besteuerungstatbestände.

§ 2 Steuergegenstand, Besteuerungsgrundlage

(1) Gegenstand der Steuer ist der Aufwand für die Benutzung bzw. den Besuch der in Abs. 2 im Einzelnen genannten Einrichtungen und Veranstaltungen.

(2) Der Steuer unterliegen

- a) das Halten von Spiel- und Geschicklichkeitsapparaten, soweit sie öffentlich zugänglich sind,
- b) Spiele um Geld oder Sachwerte in Spielclubs, Spielcasinos und ähnlichen Einrichtungen,
- c) Porno- und Sexdarbietungen jeglicher Art einschließlich des Vorführens von Filmen und anderen Bilddarbietungen in Nachtlokalen, Bars und ähnlichen Unternehmen,
- d) Porno- und Sexfilmvorführungen in Kinos, Filmkabinen, Sexläden und vergleichbaren Einrichtungen,
- e) sonstige Schaustellungen von Personen in sexuell aufreizender Art in entsprechenden Einrichtungen.

§ 3 Bemessungsgrundlagen

Die Steuer bemisst sich

1. zu § 2 Abs. 2 a):
nach der elektronisch gezahlten Bruttokasse (Bruttokasse ist die elektronisch gezahlte Kasse zuzüglich Röhren- bzw. Geldschein-Dispenser-Entnahmen abzüglich Röhren- bzw. Geldschein-Dispenser-Auffüllungen).
2. zu § 2 Abs. 2 b):
nach der Gesamtfläche der dem Spielbetrieb dienenden Räume.

3. zu § 2 Abs. 2 c):
nach der Gesamtfläche der für den Besucher des Unternehmens benutzbaren Räumen, auch wenn diese Räume nicht unmittelbar den genannten Darbietungen dienen. Kleiderablagen, Toiletten und vergleichbare Nebenräume sind hiervon ausgenommen.
4. zu § 2 Abs. 2 d) und e):
dem Entgelt, das für die Teilnahme an der Veranstaltung erhoben wird.

§ 4 Steuersätze

(1) Die Steuer beträgt

zu § 2 Abs. 2a):
je angefangenem Kalendermonat und Apparat

- | | |
|--|--|
| 1. für Apparate mit Gewinnmöglichkeit | |
| a) in Spielhallen | 17 v.H. der Bruttokasse |
| b) in Gaststätten und an sonstigen Aufstellorten | 12 v.H. der Bruttokasse |
| 2. für Apparate ohne Gewinnmöglichkeit | |
| a) in Spielhallen | 6 v.H. der Bruttokasse,
höchstens 55,00 Euro |
| b) in Gaststätten und an sonstigen Aufstellorten | 5 v.H. der Bruttokasse,
höchstens 30,00 Euro |
| 3. für Apparate, mit denen sexuelle Handlungen oder Gewalttätigkeiten dargestellt werden oder die eine Verherrlichung oder Verharmlosung des Krieges zum Gegenstand haben, | 30 v. H. der Bruttokasse,
höchstens 350,00 Euro |

zu § 2 Abs. 2 b):
je angefangenem Quadratmeter und Kalendermonat 30,00 Euro.

zu § 2 Abs. 2 c):
je angefangenem Quadratmeter und Veranstaltungstag 3,00 Euro.
zu § 2 Abs. 2 d) und e): 25 v.H. des Entgeltes.

(2) Weist die elektronisch gezahlte Bruttokasse einen Betrag von weniger als Null Euro aus (negative Bruttokasse), so besteht keine Möglichkeit, diese mit der positiven Bruttokasse anderer Apparate in diesem Kalendermonat oder mit der positiven Bruttokasse des den Verlust erwirtschaftenden Apparates oder anderer Apparate in den Vor- oder Folgemonaten zu verrechnen.

(3) Der Gesamtbetrag ist auf volle Euro nach unten abzurunden.

§ 5

Verfahren der Besteuerung bei Spielapparaten nach § 4 Abs. 1 Zi. 2. a), 2. b) und 3.

(1) Die Besteuerung nach der Bruttokasse ist nur dann zulässig, wenn der Kas-
seninhalt für alle vom Steuerschuldner im Gebiet der Kreisstadt Limburg a. d. Lahn
betriebenen Apparate manipulations- und revisionssicher durch elektronische Zähl-
werkausdrucke festgestellt und nachgewiesen werden kann.

(2) Für Apparate ohne Gewinnmöglichkeit (§ 4 Abs. 1 Zi. 2. a) und 2. b)) und Ap-
parate, mit denen sexuelle Handlungen oder Gewalttätigkeiten dargestellt werden
oder die eine Verherrlichung oder Verharmlosung des Krieges zum Gegenstand ha-
ben (§ 4 Abs. 1 Zi. 3.) kann anstelle der Besteuerung nach der Bruttokasse eine Be-
steuerung nach den in § 4 Abs. 1 Zi. 2. a), 2. b) und 3. genannten Höchstbeträgen,
die zugleich Festbeträge sind, verlangt werden.

(3) Der Antrag auf abweichende Besteuerung nach Abs. 2 ist bis zum 15. Tag
nach Ablauf des ersten in einem Kalenderjahr zur Besteuerung anfallenden Kalen-
dervierteljahres für die Zeit vom Beginn dieses Kalendervierteljahres an zu stellen.

(4) Die abweichende Besteuerung nach Abs. 2 hat so lange Gültigkeit, bis sie
schriftlich gegenüber dem Magistrat der Kreisstadt Limburg a. d. Lahn widerrufen
wird. Eine Rückkehr zur Regelbesteuerung sowie erneute Wechsel zur abweichen-
den Besteuerung sind jeweils nur zum Beginn eines Kalenderjahres zulässig.

(5) Werden im Gebiet der Kreisstadt Limburg a. d. Lahn vom Steuerschuldner
mehrere Apparate ohne Gewinnmöglichkeit nach § 4 Abs. 1 Zi. 2. a), 2. b) und 3. be-
trieben, so kann die abweichende Besteuerung nach Abs. 2 nur für jeweils alle Appa-
rate nach § 4 Abs. 1 Zi. 2. a) oder 2. b) oder 3. beantragt werden.

§ 6

Steuerschuldner

Steuerschuldner ist der Veranstalter. In den Fällen des § 2 Abs. 2 Buchstabe a)
gilt der Halter als Veranstalter. Halter ist der Eigentümer; sofern der Apparat vom
Eigentümer einem Dritten zur Nutzung überlassen wird, ist dieser der Halter.

§ 7

Anzeigepflicht

Der Veranstalter ist verpflichtet, die für die Besteuerung maßgeblichen Tatsachen
unverzüglich dem Magistrat der Kreisstadt Limburg a. d. Lahn mitzuteilen.

§ 8

Entstehung, Festsetzung und Fälligkeit

(1) Der Steueranspruch entsteht mit der Verwirklichung des Besteuerungstatbe-
standes. Besteuerungszeitraum ist das Kalendervierteljahr.

(2) Der Steuerschuldner ist verpflichtet, die Steuer in seiner Steueranmeldung selbst zu errechnen. Bis zum 15. Tag nach Ablauf eines Kalendervierteljahres ist dem Magistrat der Kreisstadt Limburg a. d. Lahn eine Steueranmeldung nach amtlich vorgeschriebenem Vordruck einzureichen und die errechnete Steuer an die Stadtkasse Limburg zu entrichten. Die Steueranmeldung steht nach § 4 Abs. 1 Nr. 4 b KAG in Verbindung mit § 168 AO einer Steuerfestsetzung unter dem Vorbehalt der Nachprüfung gleich.

(3) Ein Steuerbescheid ist nur dann zu erteilen, wenn der Steuerpflichtige eine Steueranmeldung nicht abgibt oder die Steuerschuld abweichend von der Anmeldung festzusetzen ist. In diesem Fall ist die Steuer innerhalb von 14 Tagen nach Bekanntgabe des Steuerbescheides zu entrichten.

(4) Bei der Besteuerung nach der Bruttokasse sind den Steueranmeldungen nach Abs. 2 Zählwerkausdrucke für den jeweiligen Kalendermonat beizufügen, die jeweils den voll-ständigen Kalendermonat erfassen und als Angaben mindestens Geräteart, Gerätetyp, Zulassungsnummer der Physikalisch Technischen Bundesanstalt (PTB), Gerätenummer, die fortlaufende Nummer des Zählwerkausdruckes, die Spieleinsätze, die Gewinne und den Kasseneinhalt enthalten müssen.

(5) In den Fällen, in denen der Steuerschuldner seinen Mitwirkungspflichten nach § 7 und § 8 nicht nachkommt, wird die Besteuerungsgrundlage für die entsprechenden Zeiträume vom Magistrat der Kreisstadt Limburg a. d. Lahn geschätzt und die Steuer durch Steuerbescheid festgesetzt. Die Festsetzung eines Verspätungszuschlages ist vorbehalten.

§ 9

Steueraufsicht und Prüfungsvorschriften

Der Magistrat der Kreisstadt Limburg a. d. Lahn ist berechtigt, jederzeit zur Nachprüfung der Steueranmeldungen und zur Feststellung von Steuertatbeständen die Veranstaltungsräume zu betreten, die Geschäftsunterlagen einzusehen und die Vorlage aktueller Zählwerkausdrucke zu verlangen.

§ 10

Geltung des Gesetzes über kommunale Abgaben (KAG)

Soweit diese Satzung nichts anderes bestimmt, gelten die Vorschriften der §§ 4 bis 6 des Gesetzes über kommunale Abgaben in ihrer jeweiligen Fassung.